

Laibacher Zeitung.



Nr. 111.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 14. Mai

Insertionspreis für 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1868.

Amtlicher Theil.

Das k. k. Handelsministerium hat die Wiederwahl des Valentin Supan zum Präsidenten und des Johann Nepomuk Horak zum Vicepräsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Laibach bestätigt.

Nichtamtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 4. Mai d. J. die aus Anlaß der glücklich stattgefundenen Entbindung Ihrer Majestät der Kaiserin geäußerten Glückwünsche und Kundgebungen treuer Ergebenheit wohlgefällig zur Allerhöchsten Kenntniß genommen.

Ueber die Nothwendigkeit politischer Vereine.

Wien, 12. Mai.

England kann ohne seine Verfassung nicht gedacht werden, es sind dies zwei mit einander verbundene Begriffe, und die Macht und Stärke seiner Verfassungsmäßigkeit liegt in dem Bewußtsein jedes einzelnen Engländer, daß diese sein unveräußerliches Recht sei. Die Geschichte aller Zeiten hat es gelehrt, daß eine Verfassung für das Volk so lange von untergeordneter Bedeutung und auch nur von geringem Werthe ist, als dasselbe nicht von dem geschriebenen Rechte factisch Besitz ergreift und in der Verfassung nicht das erblickt, was sie sein muß, wenn sie segensreich wirken soll, nämlich ein Recht, mit dem sich das Volksbewußtsein identificirt. Als wir noch nicht eine Verfassung besaßen, welche so freiheitlich war, wie die gegenwärtige, hörte man bei jeder Gelegenheit auf England verweisen, und es konnte keine finanzielle, keine volkswirtschaftliche Frage discutirt werden, ohne daß das Beispiel Englands citirt und seine politische Freiheit als das wesentlichste Moment für sein finanzielles und wirtschaftliches Gedeihen angeführt worden wäre. Wir haben die Wichtigkeit dieser Argumentation nie verkannt, und bei dem Stande unserer Finanzen und unserer volkswirtschaftlichen Verhältnisse konnten wir es nur mit aufrichtiger Freude begrüßen, daß die Nothwendigkeit freier politischer Bewegung für Oesterreich endlich erkannt und derselben in der Decemberverfassung vollste Rechnung getragen wurde.

Wir haben gehofft, daß die Bevölkerung von den nunmehr gesicherten Freiheiten augenblicklich Besitz ergreifen und mit Freuden die Gelegenheit wahrnehmen werde, selbstthätig einzugreifen, um für die eigenen Interessen zu wirken. Doch wie sehr müssen wir enttäuscht sein, wenn wir um uns blicken und, mit wenigen Ausnahmen, überall nur stricte Passivität finden! Da nehme man sich ein Beispiel an England. Es gibt dort keine Frage von noch so untergeordneter Bedeutung, möge sie politischer oder wirtschaftlicher Natur sein, die nicht in den zahllosen Vereinen und in den Meetings durchgesprochen wird und über welche nicht in Form von Resolutionen Beschlüsse gefaßt werden, welche vollkommen geeignet sind, das Parlament und die Regierung über die Wünsche des Volkes ins Klare zu setzen. Bei uns dagegen scheint man den russischen Satz variirend zu sagen: „Gott ist hoch und der Reichsrath ist weit“ und dabei die Hände müßig in den Schoß zu legen, um über sich ergehen zu lassen, was in Wien für gut befunden wird. Das muß anders werden, wenn man sich überhaupt noch der Hoffnung hingeben soll, daß ein rascher und freier pulsirendes politisches Leben die Kräfte des alten Oesterreich verjüngen und damit die Fäulniß, welche verrottete Zustände hervorgerufen haben, beseitigen werde.

Wenn man die Frage discutirt, woher es komme, daß die Freude an der Verfassung in den unteren Volksschichten und selbst bei einem großen Theile der Mittelklasse eine so geringe sei, woher es komme, daß diese nicht beeilen, von den Freiheiten, welche ihnen in der Verfassung gewährleistet wurden, Besitz zu ergreifen, so erhält man zur Antwort: ein großer Theil der Bevölkerung habe kein Verständniß für die Verfassung, es mangle ihm das Bewußtsein, daß Oesterreich aus einem Polizeistaat ein Rechtsstaat geworden sei. Wir glauben dies wohl und sind auch um die Erklärungsgründe dieser Erscheinung nicht verlegen. Sie liegen in unserer politischen Vergangenheit, in unserer bisherigen Apathie

und vollständigen Enthaltung von jeder Betheiligung am öffentlichen Leben, so wie in dem gänzlichen Mangel eines politischen Vereinslebens und einer gesunden Partei-Organisirung. Ja wir gehen noch weiter und können uns sehr gut vorstellen, daß es gar Viele gibt, welche die großartige Reformarbeit, die Oesterreich seit einem Jahre durchgemacht hat, nur vom Hörensagen kennen, welche noch immer in der Meinung leben, es dürfe keine anderen Vereine geben, als die den Zwecken der Unterhaltung oder der Wohlthätigkeit gewidmet sind, und welche noch immer glauben, daß jeder Verein, der sich mit Politik befaßt, mißlieblich sei. Aber eben darum, weil uns dies nicht fremd ist, halten wir es für eine wesentliche Aufgabe aller Verfassungs- und Vaterlandsfreunde, nicht länger zu zögern mit der Bildung und Organisirung einer Verfassungs-Partei, welche sich die Entwicklung des verfassungsmäßigen Lebens, die Verbreitung der richtigen Kenntniß und sohin auch der Werthschätzung unserer Grundgesetze zum Ziele setzt. Und in erster Linie denken wir da an die gewählten Vertreter in den Landtagen und im Abgeordnetenhaus, welche in dieser Richtung die Initiative ergreifen und allenthalben auf die Gründung „constitutioneller“ Vereine hinwirken sollten, einerseits zur festgelegten Organisirung der Verfassungspartei und andererseits zur Herstellung jener fortwährenden Fühlung mit dem Volke, die unumgänglich nothwendig ist, wenn die Vertreter das Vertrauen und die Unterstützung des Volkes sich erhalten wollen. Denn darin besteht ja die Wesenheit des parlamentarischen Constitutionalismus, daß, wie das Ministerium in der Majorität des Parlaments, so die Abgeordneten in der organisirten Verfassungspartei ihren Halt und ihre Stütze finden. Dies wird zugleich das beste Mittel sein, um das Verfassungsrecht zum Verständniß und zum Bewußtsein des Volkes zu bringen, und ist dieses Bewußtsein einmal lebendig geworden, dann wird es sich der Natur der Dinge gemäß auch von selbst lebendig erhalten und fortpflanzen. Dann wird der Verfassungsstaat erst zur vollen Wahrheit werden und nicht nur die Regierungsform eine verfassungsmäßige sein.

Von welcher Bedeutung und von welcher großem Einflusse die politische Wirksamkeit einer organisirten Verfassungspartei ist, das zeigen die überraschenden Erfolge des „constitutionellen Vereins“ in Innsbruck, welchem es in der kurzen Zeit seines Bestehens gelungen ist, der dortigen Verfassungspartei bei den letzten Gemeinderathswahlen zu einem vollständigen Siege zu verhelfen. Derselbe hat die Wahlvorbereitungen, die Aufstellung der liberalen Candidaten und die Disciplinirung der gesammten Partei in die Hand genommen, und unter 11 zu Wählenden sind zur großen Bestürzung der clericalen Partei 10 liberale Candidaten aus der Wahlurne hervorgegangen. Die Betheiligung an den Wahlen, bei welchen auch der Statthalter v. Lasser für die liberalen Candidaten stimmte, war eine ungewöhnlich zahlreiche — ein erfreuliches Zeichen des erwachten politischen Lebens.

Allerdings lag in Tirol gegenüber der Disciplin der clericalen Partei die Nothigung für die Verfassungsfreunde zu festem Zusammenhalten sehr nahe; diese Veranlassung dürfte aber anderswo auch gegeben sein, und was dem constitutionellen Vereine in Innsbruck gegenüber dem clericalen Einflusse gelungen ist, wird anderwärts gegenüber verfassungsfeindlichen Bestrebungen oder gegenüber der altgewohnten Indolenz, und mag sie auch noch so groß sein, gleichfalls nicht unmöglich sein. Darum betrachten wir es als eine wichtige Aufgabe aller Verfassungsfreunde, an die Organisirung ihrer Partei mit opferwilliger Hingebung und Ausdauer ernstlich Hand anzulegen. Die Dankbarkeit des Volkes wird gewiß jene auszeichnen, die sich ernsthaft mit seiner politischen Erziehung, mit der Entwicklung und Förderung des Verfassungslebens beschäftigen.

Die Sitzung des Budget-Ausschusses.

Wien, 11. Mai. Das Plenum des Budget-Ausschusses setzte heute Vormittags die Verhandlung über die von der Regierung eingebrachten Finanzvorlagen wegen der Erhöhung der Staatseinnahmen, beziehungsweise die von dem Subcomité gestellten Anträge fort.

Von den Ministern waren anwesend: Auerberg, Taaffe, Hasner, Plener, Giskra, Brestel. Gleich bei Beginn der Sitzung stellte Graf Wodzicki den Antrag, der Ausschuss möge sich zunächst schließig machen, ob er zur Regelung der Finanzen bloß Maß-

regeln für dieses Jahr oder für drei Jahre treffen, oder dieselben definitiv und bleibend vornehmen wolle. Er wird in längerer Rede von den Abg. Wenzyl und Toman unterstützt.

Abg. Sturm spricht sich für die Regierungsvorlage und insbesondere für die Vermögenssteuer aus, ihm entgegen Lohninger und Banhans, während Ruranda sich für die Erhöhung der Couponsteuer, aber gegen die Vermögenssteuer und gegen die sofortige Unification der Staatsschuld erklärt.

Abg. Schindler beantragt, den Gegenstand der Verhandlung eingehend besprechend, einen Mittelweg einzuschlagen, es solle nämlich eine provisorische Grundlage geschaffen werden, die Raum bietet zur definitiven Regelung unserer Finanzen.

Abg. Zhylikiewicz spricht sich im allgemeinen gegen die Erhöhung der Steuern aus.

Finanzminister Brestel hebt hervor, daß vor allem die Entscheidung der Frage wichtig sei, ob zur Beseitigung des Deficits nur die Staatsgläubiger oder auch die übrigen Steuerträger heranzuziehen seien. Im ersteren Falle wäre das der Ausspruch, die eingegangenen Verbindlichkeiten nicht erfüllen zu wollen, es wäre das der Bankerott. Wenn aber aber sämmtliche steuerfähigen Staatsbürger und die Gläubiger zur Deckung des Deficits ihre Beiträge leisten, dann könne man von einem Bankerott nicht mehr reden.

Der Minister spricht sich ferner dahin aus, daß die Unification unter Einem definitiv durchzuführen wäre, um die Staatsgläubiger zu beruhigen und ihnen Sicherheit zu bieten. Sei das Princip, nach welchem die Unification vorgenommen werden soll, festgestellt, dann sei auch die Durchführung nicht mehr schwer; nur müsse er sich dahin aussprechen, daß die steuerfreien Obligationen nicht gleich den nicht steuerfreien zu dieser Besteuerung herangezogen werden können, weil dies eine offenbare Ungerechtigkeit wäre.

Nachdem Abg. Skene als Berichterstatter die gegen die Anträge des Subcomité vorgebrachten Einwendungen in sehr ausführlicher und eingehender Auseinandersetzung erörtert und widerlegt hatte, nimmt

Minister Giskra das Wort und hebt besonders hervor, daß es sich bei Erledigung dieser Finanzfragen nicht so sehr um die Männer der gegenwärtigen Regierung, als vielmehr darum handle, daß dieser Gegenstand von den richtigen Principien der Finanz- und Volkswirtschaft erörtert und durchgeführt werden möge.

Ministerpräsident Fürst Auerberg erinnert daran, daß die gegenwärtige Regierung nach der Schlacht von Königgrätz und nachdem der Dualismus vollzogene Thatsache war, von Sr. Majestät in den Rath der Krone gerufen worden sei. Sie mußte die Finanzen in dem Zustande übernehmen, wie sie eben das Jahr 1867 hinterlassen.

Viele Mittel waren bereits erschöpft und sind zur Regelung der Finanzen nicht mehr anwendbar.

Man hatte nur die Wahl zwischen neuen Anlehen, zwischen der Ausgabe von Staatsnoten, dem Bankerotte, und endlich der Besteuerung.

Die Regierung hätte niemals den Muth gehabt, eines der ersten drei Mittel anzupfehlen, eine Anleihe nicht, weil der Credit des Staates bereits wesentlich erschöpft und es endlich Zeit war, Halt zu machen mit der Ecomptirung der Steuerkraft der Zukunft.

Sie hatte nicht den Muth, zu einer neuerlichen Staatsnotenemission zu schreiten, weil auch hier der Markt zu sehr überfüllt ist; sie hatte nicht den Muth, den Bankerott auszusprechen, weil zur Zeit, wo die Delegationen tagten und der Ausgleich angenommen wurde, wo also die Monarchie noch eine einheitliche war, gleichfalls Niemand den Muth hatte, den Bankerott auszusprechen. Es blieb daher nur der Weg der Besteuerung, und es wäre daher nur correct, wenn zu dieser Besteuerung das gesammte bewegliche und unbewegliche Vermögen herangezogen werde. Man wählte die Couponsteuer, die Unification und die Vermögenssteuer. Letztere sollte nur vorübergehend, gleichsam eine Kriegsteuer sein, insoweit bis das chronische Deficit theils durch Ersparungen im Staatshaushalte, theils durch Vermehrung der Steuerkraft und durch Einführung der Steuerreformen gedeckt sein wird.

Die Regierung legt einen hohen Werth darauf, daß das Deficit durch die Besteuerung gedeckt und die Unification der Staatsschuld, wie sie die Ausgleichsgesetze vorschreibt, gleichzeitig durchgeführt werde.

Hierauf wurde die General-Debatte um 3 Uhr geschlossen und die Abstimmung über die mittlerweile von

mehreren Abgeordneten vorgelegten Anträge auf die Abend Sitzung verlag. In derselben kamen die Vormittags gebrachten Anträge zur Erörterung und Abstimmung. Zuerst wurde der Antrag des Dr. Bauhans angenommen, lautend: „Zur Deckung des Deficits sollen nicht nur die Staatsgläubiger, sondern auch die übrige steuerfähige Bevölkerung herangezogen werden.“

Sodann wurde über einen Antrag des Dr. Sturm debattiert, welcher dahin geht: „Die Frage der Belastung der Zinsen der Staatsschuld und die Frage der Unification der Staatsschuld sind sofort definitiv zu entscheiden.“ — Hierüber entspann sich eine längere Debatte, an welcher sich die Abgeordneten Schindler, Berger, Winterstein, Bauhans, Peter Groß, Baron Petrino und Skene theilnahmen.

Auch die Herren Minister Prestel und Herbst nahmen an der Debatte Theil und hoben insbesondere hervor, daß die definitive Ordnung zur Aufrechterhaltung des Credits unbedingt notwendig sei, daß man aber auch nicht zugleich den Gläubigern definitiv eine Steuer aufbürden und die Unification in suspensa belassen könne; denn bei den rückzahlbaren Staatsobligationen sei es ebenso ein Recht der Staatsgläubiger, die Rückzahlung zu fordern, wie die Verzinsung zu verlangen. Daher würden diese Staatsgläubiger schlechter gestellt, wenn die Unification unterbliebe, als jene, welche auf eine Rückzahlung keinen Anspruch haben.

Schließlich wurde der erwähnte Antrag des Abgeordneten Dr. Sturm angenommen.

Die übrigen im Laufe der General-Debatte gestellten Anträge wurden theils zurückgezogen, theils abgelehnt. Die Sitzung wurde sonach um 9 Uhr geschlossen. — Im Laufe des morgigen Tages wird in Folge des heute gefaßten Beschlusses das Subcomité zusammentreten, um das Gesetz über die Belastung der Zinsen der Staatsschuld zu beraten und es der morgen Abends stattfindenden Ausschußsitzung bereits zur Verhandlung vorlegen zu können.

Die czechische Agitation.

In der letzten Zeit haben die Führer der Czechen, besonders der reactionären und feudalen Fraction, alle Hebel der Agitation in Bewegung gesetzt; als besonders brauchbares Mittel wurden die Steuererlasse benützt, und eine Menge von Petitionen gegen dieselben beschloffen. Se. Majestät hat nun bekanntlich alle diese Petitionen dem Ministerium überwiesen, mit dem Auftrage, in Betreff derselben amtszuhandeln. Wie das Ministerium sich dieses Auftrags entledigen wird, darüber finden wir im „P. U.“ einige interessante Andeutungen:

Der Regierung erwächst aus dem oben erwähnten a. h. Auftrage die Pflicht, die czechischen Proteste nach Gebühr zu würdigen. Insofern sich dieselben auf dem Boden der Petition bewegen und keine Ueberschreitung der den Bezirks- und Gemeindevertretungen gesetzlich gesteckten Kompetenzgrenzen enthalten, wird das Ministerium im Hinblick auf das allen Staatsbürgern in den Staatsgrundgesetzen gewährleistete Petitionsrecht keinen Anlaß haben, denselben entgegen zu treten. Anders verhält sich die Sache mit jenen Adressen, welche unter Ueberschreitung der Kompetenzgrenzen sich als directe Angriffe gegen die bestehende a. h. sanctionirte Verfassung repräsentiren. Hier wird es gelten, die czechischen Remonstranten mit aller Energie in ihre Kompetenzsphäre zurückzuweisen, wenn man nicht haben will, daß „Sr. Majestät allezeit getreue Opposition“ in höchst illoyaler Weise das Verfassungsrecht weiter mit Füßen trete. In der That vernehmen wir auch, daß die Regierung, dem a. h. Auftrage entsprechend, nunmehr dieser Bewegung entgegenzutreten will; es wird ihr dies um so leichter werden, als sie sich hierbei nur auf den positiven, gesetzlichen Boden der Reichs- und Landesgesetze zu stellen braucht.

So wurden, wie wir erfahren, die Statthalter von Böhmen und Mähren zunächst in Betreff jener an den Kaiser gerichteten Adressen angewiesen, diese Eingaben den Petenten mit dem Bedeuten zurückzustellen, daß die Gesetzentwürfe zur Regelung der finanziellen Verhältnisse des Kaiserstaates mit kaiserlicher Genehmigung dem Abgeordnetenhause vorgelegt worden sind, und daß die in beiden Häusern des Reichsrathes bevorstehende verfassungsmäßige Behandlung dieser Vorlagen den Abgeordneten der Königreiche und Länder Gelegenheit bieten werde, über die geeigneten Mittel zur Befriedigung der unabwieslichen Bedürfnisse des Staates und über die Herstellung einer dauernden Ordnung im Staatshaushalte die diesfälligen Ansichten zur Geltung zu bringen. Gleichzeitig erging an die erwähnten Statthaltereien die Weisung, jenen Bezirksvertretungen, welche in ihren Eingaben gegen die Finanzvorlagen durch das Uebergreifen auf das Gebiet der staatsrechtlichen Fragen ihren Wirkungskreis überschritten, unter Berufung auf das Gesetz über die Bezirksvertretungen ihre Eingaben zurückzustellen und jede weiteren derartigen Beschlüsse nöthigenfalls zu sistiren. So viel des Thatsächlichen. Was die von der Gemeindevertretung Prag aus gleichem Anlaß an Se. Majestät den Kaiser beschlossene Adresse betrifft, so dürfte, wenn wir aus dem vorgängigen auf das zukünftige Schicksal ähnlicher Manifestationen schließen können, die böhmische Statthaltereie kaum

in der Lage sein, die ihr angekommene Uebermittlung der Adresse an Se. Majestät den Kaiser anzunehmen, weil in derselben ein Protest gegen die bestehende Verfassung und die allerh. sanctionirten staatsrechtlichen Institutionen enthalten ist. (Deb.)

Beruhigendes aus Berlin.

Man hat bemerkt, daß in jüngster Zeit die beruhigenden Nachrichten über die Situation zuerst von Paris und dann von Wien ausgegangen sind. Der „A. A. Ztg.“ gehen aus Berlin Berichte zu, wonach man dort der nächsten Zukunft ohne Besorgniß entgegensteht. „Es ist hier durchaus kein Geheimniß,“ schreibt man der „A. A. Ztg.“ daß eine große Partei in Frankreich den Krieg um jeden Preis will, weil in ihren Augen das Empire nur als Sieger auf dem Schlachtfeld einige Lebensfähigkeit besitzt; aber man hat andererseits auch die Ueberzeugung, daß der Kaiser den Frieden so lange zu erhalten wünscht, als ihn nicht die Macht der Verhältnisse zum Kriege fortreibt. Auch die Kriegspartei in Frankreich meint nicht eher losbrechen zu können, als bis man der österreichischen Allianz sicher sei. Von einer derartigen Eventualität ist aber gegenwärtig auch nicht entfernt die Rede, und diese Gewißheit trägt nicht wenig dazu bei, hier den Glauben an die vorläufige Erhaltung des Friedens zu bewahren. Die preussische Regierung hat das Ihrige dazu gethan, indem sie den national-liberalen Adressdrängern im Zollparlamente keinen Vorstoß leistete. Allerdings war das Verfahren des Bundeskanzlers in der letzteren Angelegenheit zum guten Theil auch von der Absicht geleitet, den National-Liberalen zu beweisen, daß sie ohne Unterstützung von Oben keine ihrer Ideen durchzubringen vermögen. Der Sommer dürfte mithin, wie es mit dem Winter und Frühling der Fall war, nur zum politischen Minenkrieg ausgenützt werden, welcher von den europäischen Cabinetten seit längerer Zeit mit sehr regem Eifer geführt wird.“ Wir wünschen aufrichtig, daß letztere Ansicht sich bewähren möge. Derselbe Correspondent bezeichnet als das wichtige Object der preussischen Diplomatie die Entfremdung Oesterreichs von Frankreich.

„Jedenfalls meint man hier (in Berlin) versichert sein zu können, schreibt er, daß an maßgebendster Stelle in Wien gegenwärtig keine Neigung vorhanden ist, das Schicksal der Monarchie an jenes der Napoleoniden zu knüpfen. So beredete Fürsprecher ein solches Bündniß auch in manchen Kreisen Wiens finden mag, so vermochten sie doch bisher den Widerstand nicht zu brechen, der einer Combination entgegengesetzt wird, deren Spitze gegen das stammverwandte Deutschland gerichtet wäre. Erst wenn da ein Umschwung eintreten sollte, wird man hier die Gefahr eines Krieges für nahe gerückt halten und die Rüstungen zum schweren, leider unvermeidlich gewordenen Waffengange beginnen. Für jetzt glaubt man noch an den Frieden, und die Berichte, welche von einer förmlichen Frontbewegung Preußens gegen Westen sprechen, können unmöglich aus unmittelbarer Anschauung geschöpft haben.“

Das ökumenische Concil.

Die „Unita Cattolica“ brachte jüngst einen Artikel über die Vorarbeiten zum ökumenischen Concil. Danach wäre der Papst mehr als je entschlossen, sobald es thunlich, die Convocations-Bulle zu veröffentlichen; nach der Meldung Einiger würde dies schon am Peter- und Paulsfeste, den 29. Juni, geschehen; das Concil selber würde laut einer neulichen Mittheilung der Gazette du Midi am 8. December nächsten Jahres, dem Feste der unbefleckten Empfängniß, zusammentreten. In sechs Congregationen werden inzwischen aus dem Gebiete der Dogmatik, der Moral, der Kirchendisziplin, des canonischen Rechtes, der Liturgik und des religiösen Genossenschaftswesens die Gegenstände vorbereitet, welche der Entscheidung des Concils unterbreitet werden sollen. Die Congregationen stehen unter dem Vorsitze von Cardinalen und sind durch römische und auswärtige Theologen verstärkt worden; alle Mitglieder haben sich endlich zu unbedingtem Schweigen über die Verhandlungen verpflichtet. Die große Gefahr für die moderne Gesellschaft, die es zu beseitigen gelte, sei der Rationalismus; wie aber immer die Kirche aus Gefahren nur herrlicher hervorgegangen, so habe auch diese letzte und größte schon die Kraft des Papstthums, die Einheit des Katholicismus und die Erbärmlichkeit seiner Feinde gezeigt. „Dies Concil soll die vom Geiste des Satans verderbte Gesellschaft retten, welcher im Vorgefühl, daß es mit seiner Herrschaft zu Ende geht, jetzt seine letzten Anstrengungen macht. Wie der Congreß von Paris, nach Lamartine's Ausspruch, der Anfang des europäischen Chaos war, so wird das ökumenische Concil der Anfang einer neuen Ordnung der Dinge und einer heiß ersehnten katholischen Restauration sein.“

Aus dem englischen Unterhause.

London, 8. Mai. Im Unterhause, dessen gestrige Sitzung sich bis halb 2 Uhr Morgens hinzog, herrschte große Lebhaftigkeit, und wieder kam es zwischen Disraeli und mehreren hervorragenden Mitgliedern zu so heftigen, mitunter persönlich beleidigenden Wortgefechten, wie sie

seit Jahren nicht vorgekommen sind. Zu Anfang der Sitzung ging es ruhig und gemessen her. Auf eine Anfrage Verniers, ob, angesichts der Tags zuvor in der St. James' Hall stattgefundenen Demonstrationen, Gladstone noch immer auf seinen Resolutionen bestünde, erwiderte dieser, daß er, trotz aller Achtung vor den Persönlichkeiten, die sich dabei theilgenommen hatten, an seinem Entschlusse festhalten müsse. Gleich darauf beantwortete er in einer kurzen und geschäftsmäßigen Rede seine zweite Resolution. — Ihm antwortete im Namen der Regierung der Minister des Innern Hardy mit der Erklärung, daß das Ministerium angekündigter Maßen weder eine Debatte noch eine Abstimmung veranlassen wolle, den Resolutionen jedoch seine und seiner Partei Genehmigung vorenthalten müsse. Demgemäß wurden die beiden Resolutionen nach einander ohne Abstimmung genehmigt, lebhafter Beifallruf der Opposition begleitete diese Procecur und einen Augenblick lang schien es, als ob die irische Kirchendebatte bis auf weiteres (d. h. bis zur Einbringung des Antrags auf eine an die Königin zu richtende Adresse) zur Ruhe gebracht sei. Da erhob sich jedoch Aytoun (Schotte) und beantragte eine Resolution, daß das Haus sich verpflichte, die zu säcularisirenden Fonds der irischen Staatskirche nicht für katholische Zwecke zu verwenden. In Folge dieses Antrags, welcher mehrere Amendements und Gegenamendements hervorrief, entstand eine heillose Verwirrung in der Debatte, mit jedem Augenblicke steigerte sich die Aufregung und der Lärm, Disraeli und die übrigen Minister verließen den Saal, um sich der Abstimmung über den Antrag Aytoun's zu entziehen, und erst, nachdem dieser mit 85 gegen 198 Stimmen gefallen war, kehrte Disraeli wieder auf seinen Sitz zurück. — Da gerade in demselben Augenblicke Aytoun seine Glossen darüber machte, daß der Führer des Hauses sich davon geschlichen habe, wies der Premier ihn ob dieses Angriffes zurecht, erklärte sein Davongehen mit der Absicht, die ohnedies heftigen Debatten nicht noch mehr zu verbittern, und warf bei dieser Gelegenheit das Wort hin, daß die Mitglieder der Opposition einander jetzt schon über die Vertheilung der irischen Kirchenbente in den Haaren lägen.

Gladstone blieb die Antwort auf den Vorwurf nicht schuldig und erwiderte mit einigen scharfen Gegenbemerkungen.

Damit wäre auch dieser störende Zwischenfall wahrscheinlich beseitigt gewesen; aber als ob der Geist der Zwietracht sich nicht bannen ließe, trat Mr. Greene (conserv.) mit dem Antrage auf, daß von dem eingelegenen irischen Kirchenfonds nicht das geringste zu irgend welchen kirchlichen Zwecken verwendet werden dürfe. —

Auch dieser Antrag fiel zwar bald mit 97 gegen 132 Stimmen, doch gab er von neuem Gelegenheit zu gegenseitigen, äußerst heftigen Angriffen, an denen sich Disraeli, Gladstone, Sir Stafford Northcote und Sir George Grey in erster Reihe theilnahmen. Mit Emphase wiederholte Disraeli seine früher gemachte Behauptung, daß durch die Gladstoneschen Resolutionen heillose Verwirrung über das Land gekommen sei, wofür die Scenen, die sich eben im Hause abspielten, den schlagendsten Beweis liefern dürften. — Worauf Bright erwiderte, daß dieser „letzte Schuß“ gegen die Resolutionen an den Beschlüssen des Hauses und des Landes nichts ändern werde; daß der Premier sich bei seinen Mittheilungen über seine Besprechung mit der Königin abwechselnd aufgeblassen und servil benommen habe; daß ein Minister, welcher das Staatsoberhaupt betrüge, indem er ihm die Stimmung des Landes fälschlich schildere, ebenso schuldig sei, als ein Verschwörer gegen die Krone; daß ein Minister, der den Monarchen in einem großen Parteikampfe voranstellt, sich eines schweren Verbrechens gegen ihn und das Land schuldig mache; und daß ein solches Verbrechen in aller Zukunft nicht gesühnt werden könne. — Auf diesen heftigen Angriff antwortet Lord John Manners mit der Insinuation, daß Bright das irische Kirchengut den Katholiken zuwenden möchte. — Gladstone seinerseits weist diese gegen seinen ehrenwerthen Freund gerichtete Verdächtigung mit Entrüstung zurück und wälzt alle Schuld des ungebührlich heftigen Wortwechsels auf den Führer des Hauses, der die Veranlassung dazu gegeben und Ausdrücke gebraucht habe, wie nie ein Premier vor ihm. —

Noch einmal erhebt sich Disraeli, um den Gegner herausfordernd zu fragen, was er denn so Unerhörtes gesagt habe. Seine Behauptung, daß aus den Resolutionen dem Lande und Parlamente nur Verwirrung erwachsen würden, werde er jederzeit festhalten. Was aber die Anklagen Bright's betreffe, fordere er ihn hiemit auf, sie vor dem Hause zu beweisen und zu erhärten. Noch gebe es Gentlemen auf der Linken eben sowohl wie auf der Rechten, und an diese werde er appelliren, wenn Mr. Bright seine Anklagen vor das Haus bringen werde. —

Nach diesen stürmischen Scenen, die hier nur flüchtig angedeutet werden konnten, schreitet das Haus zur Erledigung der Tagesordnung und vollzieht die zweite Lesung der irischen Reformbill, deren eigentliche Discussion erst bei der allgemeinen Comitésitzung beginnen wird.

Die parlamentarische Krisis in England

dauert unverändert fort. — Die Spannung zwischen dem Ministerium Disraeli und der Opposition des Unterhauses hat sich im Gegentheil, wie sich aus der neuerlichen Erklärung des ersteren erwarten ließ, bedeutend gesteigert. Die Sprache und das ganze Auftreten der Opposition hat seitdem eine in England ungewohnte Festigkeit angenommen, während das Ministerium an seiner Position, auch nach erfolgter Annahme der zweiten und dritten Gladstone'schen Resolution unbeirrt festhält. — Es scheint fraglich, ob das Cabinet Disraeli diesen Zustand gegenseitiger Gereiztheit noch bis zum Herbst ertragen wird, und es dürfte vielleicht in seinem Interesse liegen, daß schon jetzt eine Entscheidung erfolge. Herr Disraeli, indem er die Opposition zur Einbringung eines Mißtrauensvotums aufforderte, scheint selbst von diesem Wunsche geleitet worden zu sein. Ein Appell an das Land würde nach der gegenwärtigen Stimmung desselben voraussichtlich von günstigem Erfolge für das Ministerium sein, während bei länger fortgesetzten parlamentarischen Kämpfen es der Opposition gelingen möchte, die Besorgniß des größeren englischen Publicums vor irgend welcher Beeinträchtigung seiner Verfassung rege zu machen.

Die Insurrection in China.

Man schreibt dem „Moniteur“ aus Peking, 5. März, daß die Aufständischen, die in dem Tscheli einen Theil der kaiserlichen Truppen geschlagen hatten, bis Pac-tung-su, etwa 25 Stunden südwestlich von Peking, vorgezogen waren und daselbst den Gouverneur Kuan-Wen im Schach hielten. Prinz Kung hatte in aller Eile sämtliche verfügbare Soldaten aus der Umgegend in ein verschanztes Lager vor der Hauptstadt zusammengezogen, man schickte sich an, die hohen festen Ringmauern zu bewaffnen, und man konnte selbst in dem kaiserlichen Palast Vorbereitungen für eine etwaige Flucht wahrnehmen. Es hieß eine Zeitlang: die Mienfei, welche aus den mittleren Provinzen gekommen, seien durch verschiedene Schaaren der in den nördlichen Provinzen hausenden mahomedanischen Aufständischen verstärkt worden. Eine solche Vereinigung wäre allerdings eine ernstliche Gefahr für Peking und die regierende Dynastie, allein es stellte sich heraus, daß nur einige wenige Muselmänner bei den Mienfei sich befanden und daß diese überhaupt nicht stark genug sein dürften, einen Angriff auf die Hauptstadt selbst zu wagen. Ueber die Operationen der kaiserlichen Truppen hat man bis jetzt noch keine zuverlässigen Aufschlüsse erhalten. Es sollen fünf bis sechs Corps von verschiedenen Richtungen her gegen die Aufständischen heranziehen; eines dieser Corps, das von Y-Hong-Schang befehligt wird, sei ungefähr 80.000 Mann stark. Von Tien-Tsin ist der Aufstand nur noch zwei Tagemärsche entfernt. Am 23. Februar wurde die kleine Stadt Schin-schien und das ganz in der Nähe derselben liegende Weisshaus der Gesellschaft Jesu verheert. Die Jesuiten selbst befanden sich in Lebensgefahr und verloren ihre gesammte Habe. Bei früheren Anlässen waren sie von den Aufständischen mit schonenden Rücksichten behandelt worden. In Tien-Tsin befinden sich unter Führung zweier oder dreier englischen und französischen Officiere 3000 Mann auf europäische Weise bewaffneter und eingeübter Truppen. Ein englisches Kanonenboot ist zum Schutze der gesammten europäischen Interessen vorhanden.

Oesterreich.

Wien, 12. Mai. (Landtage.) Wie die „Pr.“ vernimmt, werden die Landtage am 16. Juni auf sechs Wochen, also bis 1. August einberufen. Denjenigen Landtagen, welche mit ihren Arbeiten nicht in dieser Zeit fertig werden sollten, wird, wie man sich in Deputirtenkreisen erzählt, ohneweiters noch eine zweiwöchentliche Verlängerung — bis 15. August — bewilligt. Von dieser Begünstigung werden nach der Zahl und dem politischen Gewichte der zu beratenden Gegenstände wahrscheinlich die Landtage von Galizien und Böhmen Gebrauch machen müssen, da die durch die Staatsgrundgesetze notwendig gewordenen Aenderungen an den Landesgesetzen eine eingehende Discussion bedingen dürften.

— 12. Mai. (Das Gesetz über die Preßjurisdiction über die Geschwornenlisten) wurde nach dem Ausschussantrage angenommen. Greuter beantragte, daß nicht eine Steuer von 20 Gulden, sondern das active und passive Gemeinbewahlrecht zum Geschwornenamte berechtige. Herbst entgegnete, es handle sich hierbei nicht um ein politisches Recht; in Tirol seien übrigens die Gemeindegewählten vom Wahlrechte ausgeschlossen.

Wien, 11. Mai. (Sitzung der Deputirten-tafel.) Das Gesetz über die orientalische Kirche wurde in dritter Lesung angenommen. Auf der Tagesordnung stand das Gesetz über die Alfvörder Bahn. Hollan empfahl den Gesetzentwurf. Subodi greift denselben an und fragte, warum nicht früher die Fiumaner Linie gebaut wird. Nach Schluß der Generaldebatte wurden der Gesetzentwurf und die Concessionsurkunde über die

Alfvörder Bahn als Grundlage der Specialdebatte angenommen.

Ausland.

Rom, 7. Mai. (Anrede des Papstes.) Am Tage des Festes Pius V. segnete der Papst im Vatican in Gegenwart einer Abtheilung der Garnison und vieler Zuschauer eine im Jahre 1867 von den amerikanischen Katholiken dargebrachte Fahne und eine andere, welche unlängst spanische Katholiken überreichten. Der Papst wünschte den Soldaten Glück, das Patrimonium der Kirche gegen die Garibaldianer, entartete Söhne des katholischen Italiens, vertheidigt zu haben, wie einst, unter Pius V., ihre Väter die Christenheit gegen die Muhamedaner vertheidigten.

Tagesneuigkeiten.

— (Militärisches.) Aus Wien schreibt ein Correspondent dem „Gr. Volksbl.“: Se. Majestät der Kaiser hat angeordnet, daß in Zukunft bei jedem Regimente nur zwei Fahnen zu belassen sind, und zwar die Leibfahne mit dem Bildnisse der heil. Mutter Gottes bei den Feldbataillons und eine gelbe Fahne bei den in der Ergänzungsbetriebsstation befindlichen Bataillons. Die Fahnen sind von Officiersaspiranten zu tragen und haben die demaligen Fahnenführer zu entsallen. — Auch geruhte der Kaiser zu genehmigen, daß die ausnahmsweise Wiederbeförderung von ehrengerichtlich entlassenen Officieren zu Unterlieutenants, sowie die Rehabilitirung von ehrengerichtlich dieser Charge entsetzten Officiersaspiranten nur dann stattfinden darf, wenn die Betreffenden im ersten Falle neuerdings in die Armee getreten sind und die Ursache der Entsetzung möglichst gut gemacht und nach einem längeren Zeitraume genügende Proben einer Besserung abgelegt haben. Mit 1. Juni werden die fünfsten Bataillone bei allen Infanterie-Regimentern aufgestellt, und es haben diese Regimenter sodann einen Stand von 77 Officieren und 1342 Mann anzunehmen.

— (Wolkenbruch.) In Pojega bei Alt-Graviska ist am 11. d. M. 6 Uhr Abends ein großer Wolkenbruch niedergegangen, 80 Häuser wurden fortgerissen, die meisten anderen sind unter Wasser. Wie viel Menschenleben zu beklagen sind, ist noch unbekannt. Die Communicationen sind gestört.

Locales.

— (Aus der Landwirtschaftsgesellschaft.) In der Ausschusssitzung vom 3. d. M. wurde über Antrag des Ausschussmitgliedes Faber beschlossen, die Schenk'sche Anweisung zur Pflanzung lebender Bäume in Umlauf zu setzen und anzutandigen, daß bei dem Forstamte in Gottsche mehrere 1000 sehr preiswürdige Weistannenpflanzen, das Hundert zu 50 kr., zu haben sind. — Ueber Antrag des Herrn Ritter v. Gutmannsthal wurde eine Eingabe an das k. k. Ackerbauministerium um Verbeibaltung des Viehsalzes beschlossen und Tags darauf abgesendet.

— (Concert.) Kommen Samstag findet im hiesigen landtschaflichen Theater das zweite, von unserem talentvollen heimischen Sänger und Componisten Herrn Gerbec veranstaltete Concert statt. Das Programm ist sehr interessant. Es wirken im vocal-instrumentalen Theil Fr. Pehjak, die Herren: Capellmeister Schantel, Sora, A. Förster und B. Valenta, der Männerchor der Citalnica und die Musikpelle des k. k. Inf.-Reg. Graf v. Guyu; im dramatischen Theile der dramatische Verein mit. Herr Gerbec singt das Solo: „z Bogom,“ Meyerbeers Lied eines venetianischen Gondoliers, eine Arie aus der Oper „Guido und Ginevra“ und das Terzett aus „Lucrezia“ mit Fr. A. Pehjak und Herrn Valenta. Anfang um 8 Uhr Abends.

— (Musik.) Heute Nachmittag von 6 — 7 Uhr findet in der Sternallee Plohmusik statt; dieses Vergnügen wird uns künftig jeden Donnerstag, und zwar abwechselnd in Tivoli und in der Sternallee zu Theil werden.

— (Gesunden) wurde am 10. d. M. Abends ein großer Schläffel am Hauptplatze, und am 5. d. in der Sternallee eine Serviette. Die Verlustträger wollen sich diesfalls beim Stadtmagistrate anfragen.

— (Erdbeben.) Am 3. d. M. um 35 Uhr Morgens wurde in Franzdorf ein kleines, ungefähr eine gute Secunde dauerndes Erdbeben verspürt. Die Richtung konnte nicht beobachtet werden. In Brunndorf will man außer den von uns gemeldeten seit 21. Februar eine große Anzahl Erdstöße beobachtet haben. An die häufigen Erdbeben knüpft man im Volke die Erwartung einer guten Ernte, zu welcher auch im Augenblicke recht gute Aussichten zu sein scheinen, da das Obst in der schönsten Blüthe steht, die strengsten Herren Pancratius und Servatius — die sogenannten Eismänner — durch warme Regenschauer unschädlich gemacht werden und auch das Korn schon in Aehren schießt.

Correspondenz.

K. j. Littai, 11. Mai. Die Sympathien, die unser hiesiger Schützenverein auch in Laibach wachgerufen hat, gestatten mir, etwas über die gestern stattgefundene Eröffnung der Schießstätte und der damit verbundenen Schützenregelbahn zu berichten.

Der Verein, der gegenwärtig 38 Mitglieder aus Nah und Ferne zählt, und an dessen Fortkommen man wegen

pecuniären Mängeln schon zweifelte, wurde heuer wieder neu belebt durch die vorgenommenen Verbesserungen und Neuerungen von Seite des so hochgeachteten Herrn k. k. Bezirksvorstehers, des Herrn Grafen Alexander v. Auersperg, der die Bürde eines Oberstschützenmeisters anzunehmen sich nicht weigerte. Auch das umsichtige Handeln des heuer in der Generalversammlung neu gewählten Vereinssecretärs, Herrn Julius Levenig, trägt viel zur Hebung des Vereines bei.

Gestern nun wurden der Schießstand und die Regelbahn eröffnet. Obwohl in der Generalversammlung beschlossen worden, die Eröffnung ohne sonst übliche Feierlichkeiten zu begeben, versammelte sich doch schon gegen 2 Uhr eine recht heitere Gesellschaft von Herren und Damen, welche sich, obwohl weder durch Decorirung der Schießstätte noch durch Musik unterstützt, recht gut unterhielt, bis der Himmel seine Schleusen öffnete und Hagel und Regen in reicher Menge zur Erde sandte.

Zur Gründung des Turner Gau-Verbandes.

Graz, 13. Mai. Die am 10. Mai d. J. im Vereinslocale des Grazer Turnvereines abgehaltene Besprechung zur Gründung eines Gauverbandes der deutschen Turnvereine in Steiermark, Kärnten, Krain und dem Küstenlande war von 6 Turnvereinen mit 11 Abgeordneten besetzt.

Dieselbe wurde vom zweiten Sprechworte des Grazer Turnvereines Herrn Dr. Josef Zutmam mit einer kurzen, die Bedeutung und den Zweck eines Gauverbandes auseinandersetzenen Ansprache eröffnet. Hierauf wurde die Wahl des Vorsitzenden und der Schriftführer vorgenommen und Herr Dr. Josef Zutmam zum Vorsitzenden gewählt.

Bei der Berathung wurden nach Kenntnißnahme der principiell bestimmenden Zuschriften der Turnvereine von Triest, Laibach und Judenburg zwischen den anwesenden Herren Abgeordneten des akademischen Turnvereines (Karl Hugelmann und Anton Karnitschnigg) und allgemeinen Turnvereines in Graz (Alois Hueber, Dr. Josef Zutmam, Dr. Josef Kehler und Heinrich Wastian), dann der Turnvereine von Cilli (August Tisch und Franz Jangger), Marburg (Prof. Karl Rom. Nied), Klagenfurt (Dr. Josef Brandl) und Villach (Dr. Jvo v. Hbler) die Satzungen für den ins Leben tretenden Gauverband der deutschen Turnvereine von Steiermark, Kärnten, Krain und dem Küstenlande vereinbart.

Dieselben sind sorgfältig verfaßt, umfassen nur siebenzehn Paragraphen und enthalten sehr praktische Bestimmungen, von denen wir Zweck, Aufgabe und Organe des Gauverbandes hier anführen: Zweck des Gauverbandes ist die Förderung des deutschen Turnwesens. Aufgabe desselben ist besonders „Unterstützung der Gründung von Turnvereinen in den zu Steiermark, Kärnten, Krain und dem Küstenlande gehörigen Orten.“

„Herstellung eines gleichmäßigen Turnbetriebes in den einzelnen Vereinen und Unterstützung derselben mit Übungsstoff und Lehrkräften.“

„Förderung des Jugendturnens.“

„Veranstaltung von Gaufesten zu gemeinschaftlichen Turnübungen und zur Besprechung turnerischer Angelegenheiten in zweijährigen Zwischenräumen.“

„Verwahrung des Petitionsrechtes in turnerischen Angelegenheiten.“

„Organe des Gauverbandes sind der Turntag und Borort.“

Diese Satzungen werden den deutschen Turnvereinen in Steiermark, Kärnten, Krain und dem Küstenlande bekannt gegeben, damit diese ihre endgiltigen Beitrittserklärungen zu diesem Gauverbande ehestmöglich aussprechen.

Abends fand in dem nett decorirten Turnlocale des Grazer Turnvereines zu Ehren der wackeren Gäste ein Turnabend statt, welcher außerordentlich zahlreich besucht war.

Hier fanden insbesondere die von einer Anzahl schmucker Turner des Grazer Turnvereines unter der Leitung des Turnlehrers Herrn Alexander Rimpfing vorgeführten „Gesellschaftsübungen,“ welche an Eleganz und Sicherheit in der Ausführung nichts zu wünschen übrig ließen und von dem Fortschritte des Vereines das beste Zeugniß geben, den größten Beifall.

Außerdem wechselten häßliche Gesangs- und treffliche humoristische Vorträge, lektüre von den Herren Sport, Dr. Kehler und Prof. Nied, in rascher Reihenfolge und fehlte es auch nicht an Toasten und herzlichen „Gut Heils“ auf das glückliche Gedeihen des demnächst ins Leben tretenden von allen Turnern freudig begrüßten Gauverbandes.

Eingefendet.

Eine wichtige Rolle in der äußerst lebhaften Wahlbewegung dieser und der vorigen Woche spielte das hiesige Dienstmänner-Institut. Die blauen Blusenmänner durchrannten alle Ecken und Enden der Stadt; mancher fast unsichtbar gewordene Wähler, an den sie eine Zustellung des Central-Wahlcomité's zu besorgen hatten, konnte erst nach langem Herumsuchen aufgefunden werden.

Die von ihnen zugestellten Flugblätter des Central-Wahlcomité's, in Separatabdrücken der auch in der „Laib. Ztg.“ enthaltenen Artikel zur Beleuchtung der jetzigen Wahlen bestehend, hielten manchen bisher mit dem Glorienscheine des Patriotismus und der Heiligkeit ausgestatteten Bestrebungen ein so „grünliches Spiegel-

bild" vor, daß man es von gewisser Seite besonders auf Vertilgung der colportirten Druckschriften abgesehen hatte.

Mehreren Dienstmännern wurden bedeutende Geldangebote zur Ueberlassung des ganzen Packetes gemacht, und auch andere Manöver versucht, um in deren Besitz zu gelangen.

Doch die wackeren Blousenmänner wiesen mit Entzürstung solche Bestechungsversuche ab. Siedurch haben jene Männer, die an ihren täglichen Erwerb gewiesen sind, ein schönes Beispiel ihres Pflicht- und Ehrgefühls an den Tag gelegt, und es wird sicherlich der Direction des besagten Institutes zur vollsten Befriedigung gereichen, nicht nur ein sehr beliebtes und nützlich, sondern auch ein vom besten Geiste besetztes Institut ins Leben gerufen zu haben.

Laibach, 13. Mai 1868.

Mehrere Wähler.

Unlängst lasen wir in der Grazer „Tagespost“ ein Ersuchen an das dortige Militärcommando wegen Abstellung des Trommelns beim Ausrücken des k. k. Militärs zum Exerciren in den frühen Morgenstunden, welchem auch von Seiten der Militärbehörde auf das freundlichste entsprochen wurde. Nun hören wir aber auch hier ähnliche Wünsche, besonders mit Bezug auf Kranke, welche durch das Trommeln auf das empfindlichste berührt werden. Freilich gilt dies nicht allein von den Morgenstunden, sondern von jeder Tageszeit. Wenn das Trommeln beim Durchziehen der Stadt und der Vorstädte nicht überhaupt vermieden werden könnte, so dürfte es doch möglichst beschränkt werden können. (Wir erinnern uns hiebei, daß in Baiern vor einigen Jahren selbst der Zapfenstreich abgeschafft worden ist, als ein Ueberrest der Foppszeit und aus manchen anderen Gründen.) Möge die löbliche Militärbehörde diesen Wunsch so entgegenkommend aufnehmen, wie dies in Graz geschah!

Einer für Viele.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 13. Mai. Abends. „Presse“ berichtet: Die gestrigen Beschlüsse des Budgetauschusses haben sowohl Abgeordnete als Börse peinlichst berührt; Zustimmung fand nur die Ablehnung der Vermögenssteuer. Heute soll Bauhaus die Rücknahme des Beschlusses wegen einer 25percentigen Couponsteuer, welche letztere von der Regierung für unmöglich erklärt wird, beantragen, und soll an deren Stelle eine 20percentige eintreten.

Wien, 13. Mai. Der gestrigen Abendsitzung des Budgetauschusses wohnten — mit Ausnahme des Ackerbauministers, — alle Minister, — auch Fürst Auersperg — bei. In Folge des vorgestrichen Beschlusses der Budgetcommission, sofort in die Verathung der Unification einzugehen, beantragte das Subcomité, daß von dem Plane, die Vermögenssteuer einzuführen, gänzlich Umgang genommen werde. Dieser Antrag wurde mit 22 gegen 2 Stimmen angenommen; für die Vermögenssteuer sprachen nur Abgeordnete Dr. Sturm und Kuranda. Weiters beantragte das Subcomité, daß als Grundlage dieser Unification die Umwandlung von 5 Percent in 4 Percent vorgenommen, daß also die vom Minister Dr. Brestel beantragte Couponsteuer von 17 Percent auf 25 Percent erhöht werde. Ein der polnischen Fraction angehörendes Mitglied des Ausschusses beantragte eine Couponsteuer von 30 Percent. Dr. Brestel dagegen empfahl, die Höhe der Couponsteuer auf 17 pCt. zu belassen. Ein Antrag, eingebracht von van der Straß, den Coupon mit 20 Percent zu besteuern, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag auf 30 Percent. Mit 14 gegen 10 Stimmen wurde der Antrag Mayer's zum Beschluß erhoben, die Couponsteuer auf 25 Percent zu belassen. Schluß der Sitzung 9 1/2 Uhr.

Best, 12. Mai. Das Abendblatt des „Bester Lloyd“ meldet aus Nagy Kőrös, daß daselbst am 10ten d. M. eine Ruhestörung wegen Vertheilung der Weide stattfand. Das Militär jagte die Excedenten auseinander und verhaftete die Rädelsführer.

Paris, 12. Mai. Der „Temps“ meldet, daß Prinz Napoleon diese Woche nach Wien abreisen wird.

Telegraphische Wechselcourse.

vom 13. Mai. Spec. Metalliques 56.15. — 1/2perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 56.90 — Spec. National-Anlehen 62.65. — 1868er Staatsanlehen 80.30. — Bankactien 702. — Creditactien 181.80. — London 116.60. — Silber 114.65. — R. f. Ducaten 5.57 1/10.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Der Handelsvertrag zwischen Oesterreich und dem Zollvereine.

Freie Bewegung und inniger Contact mit dem Nachbarländern ist eine Lebensbedingung für Handel und Industrie. Diesem richtigen Grundsatz wurde denn auch von Baron Hod bei Abschluß des neuen Handelsvertrages mit dem Zollvereine im vollstem Maße Rechnung getragen. Betrachtet man den Vertrag, welcher nun seiner baldigen Erledigung durch den Reichsrath entgegensteht, mit vorurtheilsfreiem Blicke, so muß man zugestehen, daß Oesterreich durch denselben, wenn nicht mehr, so doch mindestens eben so viele Vortheile für seine Industrie und seinen eigenen Handel erlangt, als es dem Zollvereine zugestanden.

Mit dem neuen Handelsvertrage ist vor allem die von allen Geschäftsmännern so sehr gewünschte Stabilität der Zollsätze für die nächsten zehn Jahre gesichert, der Verkehr mit dem Zollvereine hat mannigfache Erleichterungen erfahren. Zwar wurde der von unseren Weinproducenten ersehnte Zweithalbesatz nicht erreicht, aber unsere Weine werden nun doch wenigstens zu einem Zolle (zu 2 1/2 Thlr.; früher 4 Thlr.), der von dem gewünschten Satz nicht gar zu weit mehr entfernt ist, in großen Quantitäten nach Preußen gehen und so diesem wichtigen Culturzweig neuen Aufschwung verleihen.

Die erlangte Beseitigung, respective Herabsetzung der Viehzölle wird der Viehzucht zu Gute kommen und es werden an diesem Vortheile nicht bloß Ungarn, sondern auch Westösterreich Theil nehmen. — Wesentliche Zollermäßigungen wurden erreicht für Hopfen, von 2 1/2 Thlr. auf 1 1/2 Thlr., Fette, Del, Stärke, Senf und Preßhese (von 11 Thlr. auf 7 Thlr.), Schafpelze, Pelzfutter u. wurden von 6 Thlr. herabgesetzt auf 3 Thlr. Der Zoll auf Pferde wurde ganz aufgelassen, jener auf Ochsen und Zuchtstiere von 1 1/2 Thlr. auf 1 Thlr., auf Kühe von 1 1/2 Thlr. auf 1 Thlr., Zungvieh von 1 Thlr. auf 1/2 Thlr., Hammel von 1/2 Thlr. auf 1/4 Thlr. herabgesetzt.

Der Industrie wurde durch den neuen Handelsvertrag gleichfalls ein Dienst geleistet. Unsere Leinengarne werden zu bedeutenden Ermäßigungen (Maschinenspinnst von 2 Thlr. auf 1 1/2 Sgr., gebleichtes Leinengarn von 3 Thlr. auf 1 1/2 Thlr., Seile, Laxe u. von 4 Thlr. auf 1 1/2 Sgr. herabgesetzt) in Preußen Eingang finden, ebenso auch die Erzeugnisse von Eisen und Stahl zu einem 50 Percent verminderten Satze (Sensen und Sichel statt zu 2 Thlr. 20 Sgr. mit 1 Thlr. 10 Sgr.) Auch für die Ausfuhr unseres berühmten Bessmerstahles wurde durch die Zollherabsetzung von 25 auf 15 Sgr. wesentliches erreicht.

Die Zugeständnisse, welche andererseits wir dem Zollverein machen mußten, sind allerdings gewichtig, aber dieselben müssen denn doch nicht, wie die Gegner des Handelsvertrages mit dem Zollvereine gerne glauben machen möchten, zu weit gehend sein, sonst würden wohl die Weinproducenten und Wertbesitzer im preussischen Rheinlande nicht um Annullirung dieses Vertrages in Berlin petitioniren.

Es ist ein ganz unbegründeter Pessimismus, wenn die Gegner des Handelsvertrages mit dem Zollvereine behaupten, Oesterreichs Industrie sei noch so schutzbedürftig, daß sie die Konkurrenz mit dem Auslande zu ertragen nicht im Stande sei, und wenn jener Wiener Maschinenfabrikant, welcher die bekannte Sturmpetition gegen den Handelsvertrag an den Reichsrath gerichtet, gerade jetzt mit den renommirtesten zollvereinsländischen Fabriken um die Lieferung von Locomotiven nach Rußland concurrirt, und zwar voraussichtlich mit Er-

folg, so zeigt diese Eine Thatsache schon, daß unsere Industriellen sich nicht zu verstehen brauchen hinter jenen des Zollvereins. Daß endlich Oesterreich für den Eintritt in das neue handelspolitische Verhältniß nicht unvorbereitet ist, zeigen die von Jahr zu Jahr sich steigenden Ziffern der Ausfuhr. Im Vorjahre betrug sie bereits 400 Millionen Gulden, während sie 1854 nur 225 1/2 Millionen betragen hatte. Im Vorjahre hat Oesterreich kaum die Hälfte der eigenen Ausfuhr in Industrie-Erzeugnissen, nämlich neue Arbeitsproducte im Werthe von 108 Millionen Gulden eingeführt. Das Abgeordnethaus wird, wie mit Bestimmtheit erwartet wird, dem neuen Handelsvertrage mit dem deutschen Zollvereine die Ratification nicht versagen. Dieser Vertrag wird seit 1866 ein erstes Band sein, welches uns wieder enger an Deutschland knüpft. (W. Geschäfts. Btg.)

Laibach, 13. Mai. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 15 Wagen mit Getreide, 6 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 80 Ctr. 20 Pfd., Stroh 24 Ctr. 25 Pfd.), 30 Wagen und 4 Schiffe (19 Klasten) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

Table with 4 columns: Item, Unit, Price, and another Unit. Items include Weizen pr. Mehen, Korn, Gerste, Hafer, Halbfucht, Weiden, Hirse, Kukuruz, Erdäpfel, Linfen, Erbsen, Fijolen, Rindschmalz Pfd., Schweineschmalz, Speck, frisch, geräuchert, Butter pr. Pfund, Eier pr. Stück, Milch pr. Maß, Rindfleisch pr. Pfd., Kalbfleisch, Schweinefleisch, Schöpfenfleisch, Händel pr. Stück, Tauben, Heu pr. Zentner, Stroh, Holz, hart, weich, Wein, rother, weißer.

Angelkommene Fremde.

Am 11. Mai.

Stadt Wien. Die Herren: Zotter, Commis, von Wien. — Salomon, von Prag. — Kohnstein, von Fürth. — Urbantschitsch, Gutsbesitzer, von Thurn. — Bloch, Kaufm., von Triest. — v. Ludorovich, k. k. Major, von Krainburg. — Die Frauen: Ruard, Gewerbesthersgattin, von Sava — Schleimer, Besitzerin, von Gottschee. Elefant. Die Herren: Hndolin, von Presid. — Koval. — Mahanony, von Lad. — Vogel, von Bögersdorf. — Remetz, Kaufm., von Wien. — Kocovar, Postmeister, von Gurkfeld. Kaiser von Oesterreich. Die Herren: Baroni, von Pesaro. — Grosso, von Mailand.

Lottoziehung vom 13. Mai.

Triest: 50 87 42 2 70.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with 8 columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt, Lufttemperatur nach Reaumur, Wind, Anhalt des Himmels, Niederschlag in Pariser Linien. Data for 6 u. 13. 2. 10. 15. 20. 25. 30. 35. 40. 45. 50. 55. 60. 65. 70. 75. 80. 85. 90. 95. 100.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleimayr.

Advertisement for Franz Kaiser. Text: Für die so zahlreiche Theilnahme am Leichenbegängnisse meines theuren Sohnes Franz spreche ich hiemit meinen tief gefühlten Dank aus. Laibach, am 13. Mai 1868. (1254) Franz Kaiser.

Börsenbericht. Wien, 12. Mai. Die günstige Stimmung war auch an der heutigen Börse vorherrschend. Fonds und Actien waren abermals höher gefragt, Devisen und Saluten schlossen faum verändert. Geld flüchtig Geschäft unbedeutend.

Large table with multiple columns: Öffentliche Schuld, A. des Staates (für 100 fl.), B. der Kronländer (für 100 fl.), Geld Waare, Nationalbank, etc. Includes various financial data and exchange rates.